

30. Januar 2019

Bund soll sich stärker für sichere Arzneimittel einschalten

Als Konsequenz aus Pharmaskandalen um gestohlene und gepanschte Arzneimittel soll der Bund stärkere Kompetenzen bei der Überwachung bekommen. Das Kabinett beschloss dafür am Mittwoch einen Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Geplant ist unter anderem, Kontrollen und Rückrufe der zuständigen Länder stärker zentral zu koordinieren.

Müssen Medikamente wegen Qualitätsmängeln ausgetauscht werden, sollen Patienten dafür nicht nochmals etwas zuzahlen müssen. Spahn sagte: "Patienten müssen sich sicher sein können, dass Arzneimittel ihnen helfen und nicht schaden."

Hintergrund sind mehrere Arzneimittelskandale, etwa im Fall von Blutdrucksenkern mit dem Wirkstoff Valsartan, die mit einem potenziell krebserregenden Stoff verunreinigt waren. In einem weiteren Fall steht das Brandenburger Unternehmen Lunapharm im Fokus, das in Griechenland gestohlene Krebsmedikamente an Apotheken und Großhändler in mehreren Bundesländern vertrieben haben soll.

Dem Gesetz muss auch noch der Bundesrat zustimmen. Es soll voraussichtlich Mitte des Jahres in Kraft treten.

Quelle: dpa